

der Einheit der Christen, *John A. Radano*, schon in der Begriffswahl darauf zu achten, daß es sich keinesfalls um ein „Wiederaufleben“ des Uniatismus handele, sondern um ein historisch bedingtes Problem. Ansonsten solle die Uniertenfrage doch besser auf der bilateralen Ebene belassen werden. Dagegen sprachen sich jedoch mehrere Vertreter orthodoxer Kirchen aus: Auch hier sei die Solidarität des ÖRK mit seinen Mitgliedskirchen gefordert. Allerdings drängten jedoch gerade an diesem Punkt der Diskussion einige Delegierte darauf, sich um Verständnis für die katholische Position zu bemühen und keine Verurteilung auszusprechen.

Es gab bei der jüngsten Zentralaussschußtagung viele Indizien einer Umbruchsituation und auch dafür, daß ein Neuanfang für den Ökumenischen Rat durchaus möglich

ist. Unübersehbar aber ist der ÖRK an vielen Punkten angelangt, die von ihm *entschiedene Weichenstellungen* fordern: sei es im entschiedenen Abschied von bürokratischen Versuchungen, sei es im konsequenten Lichten eines Dschungels von Programmen, Aktionen und Aktivitäten. Auch scheint seine Rolle im politischen Geschäft grundsätzlich zur Disposition zu stehen, in der Entscheidung zwischen dem Drang nach versöhnlicher Harmonie oder dem konsequenten Einsatz für die eigenen Prinzipien, auch dann, wenn ein Konflikt mit einzelnen Mitgliedskirchen unvermeidlich wird. Mit der Wahl des neuen Generalsekretärs sind in jedem Fall berechtigte Hoffnungen verbunden, auf eine Renaissance des ÖRK wie auch der ökumenischen Bewegung insgesamt.

Alexander Foitzik

Kurzinformationen

Religionsvertreter trafen sich in Löwen und Brüssel zu einem internationalen Gebetstreffen

350 Vertreter aller großen Religionen nahmen an dem sechsten internationalen Gebetstreffen der Weltreligionen für den Frieden teil, das vom 13. bis 15. September in Löwen und Brüssel stattfand und dem Leitwort „Europa, Religion und Friede“ gewidmet war. Die Treffen dieser Art verstehen sich als Nachfolgeveranstaltungen zu dem von Papst Johannes Paul II. 1986 in Assisi abgehaltenen Gebetstreffen. Veranstalter waren die Erzdiözese Mechelen-Brüssel und die Gemeinschaft St. Egidio. Von katholischer Seite nahmen an dem gerade auch von den Kampfhandlungen im ehemaligen Jugoslawien überschatteten Treffen u. a. der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal *Edward Cassidy*, und der Präsident des Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal *Francis Arinze*, teil. In einem von Kardinal Cassidy verlesenen Grußwort meinte der Papst, das neue Europa könne man nicht schaffen, ohne den der gesamten Menschheit gemeinsamen Planeten zu berücksichtigen. Europas Zukunft müsse auf der Fähigkeit, über seine Grenzen zu blicken, gegründet sein. Die Vertreter der teilnehmenden christlichen Kirchen Afrikas mahnten in einem gemeinsamen Wort: „Vergeßt Afrika nicht“. Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen der Internationalen Gemeinschaft sollten gemeinsam auf die Lösung der afrikanischen Probleme hinarbeiten. Der höchste geistliche Würdenträger der buddhistischen Tendai-Schule, *Etai Yamada*, appellierte an die Religionsgemeinschaften, die Kommunikation untereinander zu verbessern und sich verstärkt um eine Friedenserziehung der Jugend zu bemühen. *Swami Chidanada Mahraj*, der höchste Würdenträger des Hinduismus in der Welt, sprach sich für eine neue Weltwirtschaftsordnung zur Lösung der zahlreichen Konflikte auf der Erde aus. In einem gemeinsamen Appell der Teilneh-

mer des Treffens werden u. a. die politisch Verantwortlichen aufgefordert, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um die weitere Ausbreitung von Kriegen zu verhindern.

Studie des Deutschen Caritasverbands zur Armut in Deutschland

Das soziale Netz in Deutschland müsse „armutsfest“ gemacht werden, um so grundsätzlich das Absinken der immer zahlreicher werdenden armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen unter das „sozio-kulturelle“ Existenzminimum von monatlich etwa tausend Mark zu verhindern, forderte der Deutsche Caritasverband zu Beginn des vergangenen Monats im Zusammenhang mit einer Studie zur Armut in Deutschland, die von dem Frankfurter Sozialwissenschaftler und Armutsforscher *Richard Hauser* erstellt wurde (vgl. HK, März 1992, 118 ff.). Für diese Studie wurden in einem einjährigen Beobachtungszeitraum 4000 Personen aus insgesamt 68 400 Klienten, die monatlich Caritas-Einrichtungen aufsuchen (die neuen Bundesländer wurden hierbei noch nicht berücksichtigt), ausgewählt und befragt. Dabei zeigte sich, daß unter den 68 400 Caritas-Klienten 28,4 Prozent auf Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen sind. Eine Zahl, die noch höher wäre, würden nicht weitere 22,2 Prozent der wegen geringen Einkommens ebenfalls Sozialhilfeberechtigten aus Scham oder Unwissen diese nicht in Anspruch nehmen: Vergleiche man die Zahl der Sozialhilfeempfänger mit der Zahl der „verdeckt armen“ Menschen, so die Verfasser des Berichts über die Studie, ergebe sich für die Privathaushalte der Caritas-Klienten ein Verhältnis von 1 zu 0,78. Der Studie zufolge sind etwa 25 Prozent der Bevölkerung bis in die mittleren Einkommensschichten hinein armutsgefährdet, wobei die Armutsschwelle bei 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens definiert wurde.

Etwa 10 Prozent sanken immer wieder in die Armut ab oder verharrten darin längere Zeit. Bei weiteren 15 Prozent trete ein Absinken gelegentlich auf. Besonders armutsgefährdet und -betroffen sind dabei Kinder, junge Erwachsene, Arbeitslose, alleinerziehende Frauen und Ausländer. Weiter zeigte sich, daß viele der Befragten unter extrem hoher Mietbelastung stehen. Außerdem weist die Studie eine starke Verschuldung der Caritas-Klienten auf: 47,2 Prozent aller Privathaushalte haben Schulden, wobei 14,9 Prozent dabei über 20 000 Mark liegen.

Für den Erhalt des Religionsunterrichts setzt sich der Deutsche Katecheten-Verein in einem Memorandum ein

Theologisch, schulisch wie kirchlich sprechen nach Ansicht des Deutschen Katechetenvereins (DKV) „gute Gründe“ für den Erhalt des Religionsunterrichts. Das ist die zentrale These eines sogenannten „Plädoyers für den Religionsunterricht“, das der DKV Anfang September veröffentlichte. Vor dem Hintergrund entsprechender Diskussionen sowohl in den alten Bundesländern als auch seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den ostdeutschen Bundesländern im Zusammenhang mit der Einrichtung dieses Schulfaches an den Schulen Ostdeutschlands (vgl. ds. Heft, S. 400 und 449) versucht dieses Papier eine Begründung des Religionsunterrichts zwar auf der Linie des *Synodenbeschlusses von 1974 zum Religionsunterricht*, jedoch auch im Wissen darum, daß sich die Lage unterdessen weiter verschärft habe. Ein gegenüber der bisherigen Praxis neuer Akzent wird insbesondere in bezug auf die inhaltliche Verantwortung des Religionsunterrichts durch die Kirche gesetzt: In der siebten von zwölf Thesen wird für einen Religionsunterricht plädiert, der „zunehmend von den Kirchen gemeinsam verantwortet wird“. Die Kirche stehe heute vor der Aufgabe, in einer „tendenziell nachchristlichen Gesellschaft die Gestaltungskraft des christlichen Glaubens lebendig zu halten“. Das rufe nach flexiblen Formen der Zusammenarbeit auch im Bereich des Religionsunterrichts. Es lasse sich beobachten, daß überall die Bereitschaft sinke, einen konfessionell gesonderten Religionsunterricht gegen Widerstände zu verteidigen. In dieser Lage seien die Kirchen gut beraten, wenn sie die bereits festzustellende Entwicklung zu mehr „Kooperation über die Konfessionsgrenzen“ hinweg mitgestalteten und förderten. Ein solcher in dem Papier nicht ausdrücklich „ökumenisch“ genannter Religionsunterricht widerspreche dann Artikel 7 Grundgesetz nicht, wenn die Kirchen förmlich erklärten, daß „ein gemeinsam verantworteter Religionsunterricht ihren Grundsätzen entspricht“.

Die Schweizer Bischofskonferenz spricht sich für einen europäischen Weg aus, ohne zu den bevorstehenden europapolitischen Volksabstimmungen Empfehlungen abzugeben.

Die Schweizer Bischofskonferenz befaßte sich auf ihrer Herbstsitzung schwerpunktmäßig mit dem Fragenkreis

„Europa von morgen – eine Herausforderung heute“. „Um den Beitrag der Kirche in der Schweiz zum Aufbau Europas zu erörtern“, hatte die Bischofskonferenz den Direktor des Bundesamtes für Außenwirtschaft und seinen Kanzleichef als Gesprächspartner eingeladen. Als dabei gewonnene Erkenntnisse stellte die Bischofskonferenz in ihrem Kommuniqué heraus: „Es ist für alle Schweizer/-innen wichtig, sich sachgerecht über die vielfältigen Verflechtungen in Westeuropa und über die Mitverantwortung gegenüber Osteuropa und der südlichen Hemisphäre zu informieren. Ein neues Europa darf sich nicht allein auf wirtschaftlicher und politischer Ebene engagieren, sondern es trägt auch eine Verantwortung für die kulturellen und ethischen Werte. Damit lassen sich die Aufgaben der Schweizer/-innen wie folgt umschreiben: sich informieren; den Dialog pflegen; Andersdenkende respektieren; Solidarität wahren; die in der Schweiz gewachsene Einheit nicht aufs Spiel setzen. Das gemeinsame europäische Haus und der Beitrag der Schweiz zu seinem Aufbau betreffen uns alle. Die Bischöfe erwarten, daß die Schweizer Stimmbürger/-innen bei den bevorstehenden Abstimmungen ihre Verantwortung wahrnehmen.“ Damit bekräftigten die Bischöfe auch, was sie in ihrem Hirtenbrief zum Eidgenössischen Dank-, Buß- und Betttag vom 21. September als „Eine christliche Verantwortung für Europa“ anmahnten. Ausdrücklich nicht zur Sprache gebracht wurde auf dieser Sitzung die *Lage im Bistum Chur* bzw. der Stand der Lösungsbemühungen. Seit zwei Monaten scheinen die römischen Stellen in dieser Sache untätig geblieben zu sein (vgl. HK, August 1992, 388). Dafür haben sich während der Herbstsitzung der Bischöfe Regierungsdelegationen der sieben Bistumskantone mit einer Delegation der Landesregierung getroffen und sie aufgefordert, ihre Anstrengungen in dieser Sache zu verstärken. Denn die Lage wurde von allen Gesprächsteilnehmern als ernst eingestuft: die Spannungen im Bistum Chur hätten ein Ausmaß erreicht, das für den konfessionellen Frieden von Bedeutung sei; in eine rein innerkirchliche Frage würden sich die Regierungen nämlich nicht einmischen wollen.

Der Erzbischof von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharić, äußerte sich zum Verhältnis von Staat und Kirche in Kroatien

In einem Gespräch mit dem Wochenmagazin „Novi Danas“ (31. 8. 92) wies der Zagreber Erzbischof darauf hin, daß die kroatischen Bischöfe zu den jüngsten Wahlen in Kroatien (sie brachten der Regierungspartei HDZ von Präsident *Tudjman* einen großen Sieg) keinerlei spezielle Empfehlungen gegeben hätten; sie hätten nur an das Gewissen der Gläubigen appelliert. Auf das parteipolitische Engagement von Priestern im Wahlkampf angesprochen, sagte Kuharić, Priester seien zwar Staatsbürger, die ihre politische Auffassung haben dürften; sie hätten aber die klare Anweisung, sich keiner politischen Partei anzuschließen. Wenn sich ein Priester ausdrücklich für die Politik einer Partei engagiere, entstehe die Gefahr, daß der

Kontakt zu den Gläubigen erschwert werde, die mit anderen Parteien sympathisierten. Die rechtliche Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses in Kroatien sei noch im Fluß, betonte der Kardinal. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche müßten sich auf den Dialog zwischen beiden gründen. Bei der Regelung der noch offenen Fragen müsse man immer nach dem Grundsatz der Autonomie des Staates als Staat wie der Autonomie der Kirche als Kirche verfahren. Auf den Hinweis, daß manche kroatischen Politiker einen Beitrag der Kirche zur „geistigen Erneuerung“ des Landes erwarteten, meinte der Erzbischof, die Kirche bemühe sich mit ihrem ganzen Handeln immer um die geistige Erneuerung. Die Kirche könne sich nicht in ein staatliches Programm zur „geistigen Erneuerung“ einspannen lassen, sondern habe ihr eigenständiges Programm, ihre eigene Botschaft an Staat und Gesellschaft. Kuharić verwies darauf, daß seine Teilnahme an offiziellen staatlichen Feierlichkeiten sich im Rahmen dessen bewege, was in anderen demokratischen Staaten üblich sei. Er sei jeweils vom Staat als solchem eingeladen worden, nicht von der Führung einer Partei. Auf das *Verhältnis zur serbisch-orthodoxen Kirche* angesprochen, meinte der Zagreber Erzbischof, die katholische Kirche in Kroatien orientiere sich an den Aussagen des Zweiten Vatikanums: „Die Kirche ist offen für den Dialog mit jeder Glaubensgemeinschaft.“

Die schwierige Situation der geistlichen Orden in Ungarn

Eine Studie zur Reorganisation des Ordenswesens in Ungarn hat das Ungarische Kirchensoziologische Institut (Wien) Ende Juli vorgelegt. Ihr Fazit lautet: Obwohl große Hoffnungen mit einer Renaissance der Orden allenthalben verbunden werden, gestalte sich die Reorganisation dennoch sehr schwierig. Mit dieser Reorganisation konnte begonnen werden, nachdem die kommunistische Regierung vor Jahren erklärt hatte, man erhebe keinen Einwand gegen eine Wiederaufnahme der Ordensstätigkeiten, die Ordensfrage sei eine innere Angelegenheit der Kirche. Formell war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch das Gesetz von 1950 in Kraft, das alle Orden – mit Ausnahme der für die Unterhaltung der acht genehmigten katholischen Schulen erforderlichen Klöster der Benediktiner, Piaristen, Franziskaner und Schulschwestern – aufgehoben hatte (vgl. HK, Oktober 1950, 34). Im Frühjahr 1989 wurde eine Gesamtkonferenz der Oberen aller Männer- und Frauenorden des Landes einberufen. Neben einigen Neugründungen wurden im Anschluß an diese Konferenz Gemeinschaften, die 1950 bestanden hatten, wiederbelebt. Ende des Jahres 1991 waren beim Sekretariat der Ungarischen Bischofskonferenz 21 männliche Orden registriert. Die Zahl der weibliche Orden belief sich im April dieses Jahres auf 52. Die Gesamtzahl der Ordensangehörigen liegt damit bei 3856, was ungefähr einem Drittel des Mitgliederstandes von 1950 entspricht. Vor allem aber haben die ungarischen Orden, so das Kirchensoziologische Institut, eine *bedenkliche Altersstruktur*: Bei den Frauenorden stellen die 65- bis 75jährigen 33 Prozent,

die über 75jährigen 44 Prozent. Die Unterschiede zur Altersstruktur bei den Männerorden seien, gemessen an dem grundsätzlichen Problem der Überalterung, unerheblich. Nur ein Viertel der weiblichen und zwei Drittel der männlichen Ordensmitglieder lebe zur Zeit in einer Kommunität, da viele, nachdem das Zusammenleben unter dem kommunistischen Regime verboten war, einer neuen Gemeinschaftsbildung distanziert gegenüberstünden. In der Frage der Rückgabe ordenseigener Immobilien sei das Verhältnis der Orden zum Staat weiterhin gespannt, da die Verwaltungen den Rückgabeprozess mutwillig verzögerten.

Christen boykottierten die ersten libanesischen Parlamentswahlen

Unter weitgehender Boykottierung durch die mehrheitlich maronitischen Christen wurden am 23. und 30. August sowie am 6. September in drei Wahlgängen die seit zwei Jahrzehnten ersten libanesischen Parlamentswahlen abgehalten (zur Vorgeschichte dieser Wahlen vgl. HK, Juni 1992, 262 ff.). Für den 11. Oktober ist noch die Nachwahl in einem Kreis notwendig. Schwer belastet war die Wahl durch die Ankündigung der maronitischen Christen, sie würden wegen der massiven syrischen Präsenz im Lande (40 000 syrische Soldaten) die Teilnahme verweigern. Der maronitische Patriarch *Nasrallah Sfeir* sprach sich wiederholt entschieden für diesen Boykott aus. Wirkliche Wahlen könnten seiner Ansicht nach unter den herrschenden Bedingungen im Lande nicht stattfinden. Bereits nach den ersten beiden Wahlgängen kritisierten die maronitischen Bischöfe in einem zum Abschluß einer Vollversammlung in Bkerké bei Beirut veröffentlichten Kommuniqué, es habe Mißbräuche bei der Kandidatenaufstellung sowie Fälschungen bei der Stimmauszählung gegeben, Bürger seien eingeschüchtert und bedroht, z. T. sogar willkürlich verhaftet worden. Die Mehrheit der Libanesen erkenne daher die gewählten Parlamentarier nicht als ihre Repräsentanten an. Die Gläubigen riefen die Bischöfe „trotz der gegenwärtigen prekären Lage zum Vertrauen in ihr Vaterland“ auf. Beobachter der Wahlen wiesen indes darauf hin, daß sich der christliche Boykott kaum ausgezahlt haben dürfte: Als „Preis für das Spektakel“ habe man sich auf diese Weise um „wichtige Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung“ gebracht: „Der Wahlboykott erscheint so als ein trotziger und irrationaler Versuch, den Syrern noch etwas mehr Freiraum abzurufen“, eine Haltung, die jedoch durchaus „dem freien Willen der Bevölkerung entspricht“ (Neue Zürcher Zeitung, 16. 9. 92). Die unbeugsame Haltung Sfeirs zu den Wahlen verwunderte auch deshalb, weil er im Zusammenhang mit den Friedensvereinbarungen von Taif sowie in der zurückliegenden Auseinandersetzung um den Christengeneral *Michel Aoun* realpolitischer gedacht hatte, während ihm von der eigenen Seite seine vermeintlich zu pro-syrische Position vorgehalten wurde. Analysen des Wahlergebnisses zeigten im übrigen, daß es den Wählern auch unter den gegenwärtigen Bedingungen gelang, ihren Protest gegen die libanesischen Regierung sowie die syrische Besatzungsmacht zum Ausdruck zu bringen.